

Einsatz zur Stabilisierung der Lage

- 31.12.2022
- Schaffhauser Nachrichten
- Reto Zanettin

Ein kosovarischer Polizist bewacht eine Strasse im Norden des Landes. Reto Zanettin Seit 1999 entsendet die Schweiz Soldaten in den Kosovo. Sie sollen zum Frieden in der Region beitragen. 195 Armeeangehörige befinden sich zurzeit für die Kosovo Force (Kfor) im Einsatz. Das Vorhaben, an dem sich unter anderen Deutsche, Italiener und Amerikaner beteiligen, wird von höchster Stelle unterstützt, von Bundesrat und Parlament sowie vom Chef der Armee, Thomas Süssli.

Jeweils zu Weihnachten besucht er die Soldaten vor Ort und bedankt sich für das Engagement, das freiwillig, und zum Selbstschutz mit Pistole und Sturmgewehr bewaffnet, geleistet wird. Dieses Jahr ging Nationalrat Thomas Hurter (SVP/SH) mit auf die Reise. Sie fand unter besonderen Umständen statt, nachdem sich der Konflikt zwischen Serbien und dem Kosovo abermals verschärft hat. Vordergründig geht es aktuell um Strassenblockaden und die Verhaftung eines früheren serbischen Polizisten, der Beamte des Kosovos angegriffen haben soll.

Darunter schwelt ein alter ethnischer Konflikt. Die Schweiz steckt dabei in einer heiklen Rolle: Sie hat den Kosovo lange Zeit nicht, 2008 dann aber doch als unabhängigen Staat anerkannt - und damit auf serbischer Seite Unmut hervorgerufen. Wie also ist die Akzeptanz der Schweizer Soldaten heute? «Das Schweizer Kontingent der Kfor genießt ein enorm hohes Vertrauen und wird als Garant für Sicherheit angesehen», sagt Thomas Hurter. «Wenn unsere Leute mit Fahrzeugen durch die Strassen fahren, wird gewinkt, und der Kontakt zur Bevölkerung gelingt leicht.» Normalerweise steht die SVP Auslandseinsätzen kritisch gegenüber.

Hurter betont nun aber: «Würde sich die Schweiz zurückziehen, wäre das Signal an die Bevölkerung dramatisch: Wir lassen euch allein.» Der Einsatz sei wichtig, weil «der Konflikt ein gewisses Risiko für Instabilität birgt». Der Schaffhauser Nationalrat erinnert daran, dass mittlerweile rund 250 000 Kosovarinnen und Kosovaren in der Schweiz leben. «Wenn ein Krieg ausbrechen sollte, dann werden ihre Verwandten zu ihnen flüchten. Dann haben wir eine Flüchtlingswelle, wie wir sie aktuell während des Ukrainekriegs erleben.

» Das würde die Schweiz vor eine erhebliche Herausforderung stellen. Besuch eines Kohlekraftwerks Die Delegation ist nicht unmittelbar ins Konfliktgebiet gereist. «Man wollte keine unerwünschten Reaktionen hervorrufen», so der Schaffhauser Bundespolitiker. Dafür besuchten er und die anderen ein Kohlekraftwerk - «der grösste Verschmutzer in Europa», wie Hurter sagt. Er ist mit dieser Wahrnehmung nicht allein.

Die Weltbank bezeichnete jenes Kraftwerk als «schlimmste punktuelle Quelle von Umweltverschmutzung in Europa». Es steht in Obiliq, einer Kleinstadt in Sichtweite der kosovarischen Hauptstadt Pristina. Dazu gehört ein Kohleabbaugebiet - das südeuropäische Land versorgt sich zu 95 Prozent mit Strom aus Braunkohle. Von einer Energiewende ist hier offenbar nichts zu spüren. Wieder eher gemütlich sei es beim Weihnachtessen mit den Schweizer Armeeangehörigen gewesen, schildert Hurter.

Es habe in «traditionellem, herzlichem Rahmen» stattgefunden. Für ihn als Sicherheitspolitiker war dies auch eine Gelegenheit, Kontakte mit den Soldaten, Kommandanten und dem Schweizer Botschafter zu knüpfen. Derweil ist der Konflikt im Norden des Kosovos weitergegangen. «Serbien versucht, mit Nadelstichen die Lage zu destabilisieren», sagt Hurter. «Die 195 Schweizerinnen und Schweizer sorgen dafür, dass sich die Bevölkerung weiterhin möglichst frei bewegen kann.

» Würde er, der einst skeptisch gegenüber Kfor-Einsätzen war, sie inzwischen aber für notwendig

hält, über einen Rückzug der Schweizerinnen und Schweizer nachdenken? «Aktuell gehen wir davon aus, dass unsere Soldaten im Kosovo bleiben. Sollte ein Krieg ausbrechen, müssten wir diese Frage neu beurteilen.» Dass es so weit kommen wird, hält er nach seinem Besuch vor Ort für wenig wahrscheinlich. Dem aktuellen Geschehen misst er aber eine geostrategische Tragweite bei: «Ein weiterer Konflikt und zusätzliche Menschen, die auf der Flucht sind, könnten Europa schwer betreffen.